

Leserbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 282-283
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Dönhofstr. 1-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 2506-2507

Losow und sein Vorgesetzter.

Eine Tragikomödie in drei Akten.

I. Akt.

Berlin, 20. Oktober 1923. (Zimlich.) Der Reichswehrminister hat Generalleutnant v. Losow vom Dienst entlassen und seine Verabschiedung eingeleitet. Mit der vorläufigen Führung der 7. Division des Reichsheeres ist der nächsthöchste bayerische Offizier, Generalmajor Freiherr v. Seefeld, beauftragt worden. Der Reichspräsident hat die bayerische Regierung aufgefordert, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayerischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrgesetz zu machen. Diese Maßnahmen wurden notwendig, da General v. Losow sich ausdrücklich geweigert hatte, einem ihm gegebenen Befehl auszuführen und es abgelehnt hatte, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen.

München, 20. Oktober. (TL.) Heute abend um 8 Uhr hat der Generalkommissar Dr. v. Kahr einige Pressevertreter empfangen und ihnen folgende Erklärungen gemacht:

Die Vorgänge, die sich in den letzten 48 Stunden auf Seiten der Reichsregierung abgespielt haben, waren so unerfreulich, so bedauerlich und unerhörte, daß man sich wirklich als Deutscher recht unangenehm berührt fühlt. Die bayerische Regierung kam infolge der nunmehr eingetretenen Entlassung des Generals v. Losow zu dem einzig möglichen Entschluß, den General nunmehr ihrerseits zum Landeskommandanten zu ernennen und ihn zu beauftragen, die bayerische Reichswehr feierlichst auf den bayerischen Staat zu verpflichten. Ein entsprechender Aufruf der bayerischen Regierung an das bayerische Volk wird morgen platziert werden. Es handelt sich nicht um den General v. Losow und nicht um die Reichswehr, sondern es handelt sich letzten Endes um den großen Kampf der wirtschaftlichen, internationalen und andrussischen Einstellung gegen die nationale und christliche Weltanschauung.

Berlin, 20. Oktober 1923. (Zimlich.) Die Reichsregierung erklärt folgenden Aufruf:

An dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Vorkomitee den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgeben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not im Rheinland und im Ruhrgebiet zu lenken und in der die Zusammenfassung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem früheren Gegner fest zu bestehen, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsverstoß und innere Kämpfe im Reiche herbeizuführen. Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Heeresleitung konnte nicht dulden, daß klare Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen.

Auf das Reichsheer!

Die bayerische Regierung nimmt die Truppen der 7. (bayerischen) Division in Pflicht und ernannt den vom Reichswehrminister seiner Dienststelle entlassenen Divisionskommandeur ihrerseits zum Landeskommandanten und Divisionskommandeur.

Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Einritt in die militärische Kommandogewalt. Wer dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reich geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig.

Ich fordere die 7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch öffentlich auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihres höchsten militärischen Vorgesetzten bedingungslos zu fügen.

Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte ich mich heute und stets fest versichert.

923 von Seefeld,

General der Infanterie und Chef der Heeresleitung.

Berlin, 22. Oktober 1923. Der meuternde General Losow hat von der Funkstelle in Nürnberg folgenden Funkpruch an die Reichswehr in Berlin, Sponau, Stettin, Hannover, Breslau, Dresden, Frankfurt a. d. O. gerichtet:

Der Chef der Heeresleitung hat einen Aufruf an das Reichsheer erlassen, der den Schritt der bayerischen Regierung als gegen die Verfassung gerichtet erklärt. Die bayerische Regierung denkt nicht daran, dem Reich die Treue zu brechen. Niemand übertreibt uns Bayern an Reichstreue. Was wir wollen, ist, daß der bayerischen Regierung und dem bayerischen Generalkommissar von der unter marxistischem Einfluß stehenden Berliner Regierung nichts aufzuzunehmen werden soll, was Bayern, den hiesigen Deutschen und nationalen Bestimmung, unerschütterlich machen soll.

Wir haben die selbstverständliche Pflicht, uns in diesem Konflikt hinter die bayerische Regierung und den bayerischen Generalkommissar zu stellen, die mit uns das bebrängte Deutschland schützen wollen.

Die Verpflichtung wird durchgeführt.

923: v. Losow, Landeskommandant.

München, 22. Oktober. (TL.) Wie die übrigen Truppen des bayerischen Reichswehrcorps wurden die Truppenteile der Münchener Garnison heute vormittag 11 Uhr nach Verlegung des von der bayerischen Staatsregierung befohlenen Aufrufs auf folgende Formel verpflichtet: „Auf Grund des mir eben vorgelesenen Aufrufs der bayerischen Staatsregierung bekenne ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Treuhänderin des deutschen Volkes bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich in Pflicht genommen bin und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten.“

Die Verpflichtung nahm der Stadtkommandant, General v. Danner, im Hofe der Kaserne des früheren 2. Infanterieregiments vor, wo die Truppen in voller Ausrüstung Aufstellung genommen hatten. Nach einer Ansprache des Herrn v. Losow spielte die Musik das Deutschlandlied. Den Schluß des feierlichen Aktes, der ohne Störung vor sich ging, bildete ein Paradezug der Truppen vor Herrn v. Losow.

II. Akt.

München, 8. November, 11 Uhr 45 Minuten abends. (TL.) Von privater Seite erhält das „Süddeutsche Korrespondenzbüro“ über Vorgänge im Bürgerbräukeller folgenden Bericht: Nachdem der Generalkommissar v. Kahr seine Rede beendet hatte, sei Hitler mit 600 Mann in den Saal eingedrungen und habe erklärt, daß die jetzige Regierung befehllos sei. Eine neue Leitung sei bereits aufgestellt. General Ludendorff sei Landratspräsident, Hitler stellvertretender Berater, der frühere Münchener Volkspresident Bochner Landesverweser und General von Losow Wehrminister. Daraufhin sei der Bürgerbräukeller von Hitler-Truppen in weitem Umkreis abgesperrt worden. Zu Zwischenfällen sei es bis 10 Uhr abends nicht gekommen.

München, 9. November. (TL.) Die Korrespondenz Hoffmann veröffentlicht nachfolgende amtliche Erklärung über den Hitler-Putsch:

In den letzten Wochen hat Hitler in Besprechungen mit General v. Losow und Oberst v. Seefeld wiederholt freiwillig und ohne jeden Zwang zugesichert, daß er loyal sei und nichts unternommen werde, ohne vorher die genannten Herren in Kenntnis gesetzt zu haben. In gleicher Weise hat General Ludendorff dem General v. Losow und dem Oberst v. Seefeld in feierlicher Weise loyalität zugesichert und hinzugefügt, wenn die Wege der Herren nicht mehr zusammengehen könnten, so würde das Loyalitätsverhältnis vorher freundschaftlich aufgelöst werden. Erst dann sollte jeder die Wege gehen können, die zu gehen er nach seinem Gewissen für notwendig halte.

Am Dienstag, den 6. November, nachmittags, legte der Generalkommissar vor versammelten Führern der vaterländischen Verbände und dem des Kampfbundes seine Festsetzung der Lage der und gab zugleich den bestimmten Willen kund, denselben Helden wie die vaterländischen Verbände zuzustreben. Dabei wurden die Führer ausdrücklich vor Putschern gewarnt, mit dem Hinweis, daß gegen solche mit militärischen Mitteln eingeschritten werden würde.

Am 8. November, nachmittags von 4 bis 5,30 Uhr, fand eine Besprechung zwischen Eggeling v. Kahr, General Ludendorff,

General v. Losow

und Oberst v. Seefeld im Generalkommissariat statt. Bei dieser Besprechung wurde

Einheitslichkeit in bezug auf die erstrebenswerten Ziele festgestellt, wenn auch General Ludendorff in bezug auf das Tempo drängte, angesichts der großen Notlage, in der sich weite Kreise des deutschen Volkes befänden.

Wenige Stunden später, gegen 10 Uhr abends, erfolgte in der überfüllten Versammlung im Bürgerbräukeller, während Eggeling v. Kahr seine anerkennende Rede hielt, ein... (Folgen einige Ausführungen über die „Bergewaltigung in einem anderen Raum“. Red. d. „V.“)

Aus diesen Erwägungen allein haben Kahr, Losow und Seefeld es über sich gebracht, die unter brutaler Bergewaltigung angelegene Zustimmung mit scheinbarer Zustimmung zu beantworten, um die Freiheit des Entschlusses und Handelns wieder zu gewinnen...

Berlin, 9. November 1923. (TL.) Der Oberkommandierende der Reichswehr, General v. Seefeld, richtet folgenden Aufruf an die Reichswehr:

Die Ausübung des Oberbefehls über die Wehrmacht des Reiches ist mir übertragen, und mir mit der vollziehenden Gewalt der Auftrag erteilt, alle zur Sicherung des Reiches erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Ich gedenke, diese Aufgabe in ihrem vollen Umfange und mit vollem Einsatz zu erfüllen und bin mit meiner Verantwortung gegenüber dem Volke bewußt. Ich weiß, daß ich auf Arme und Marine verlassen werden kann und daß alle Teile der Wehrmacht zu mir stehen. Kein Zwist zwischen Nord und Süd besteht. Einmütige Anrufener in die Ordnung des Reiches und der Länder wird die Reichswehr unter meiner Führung mit Nachdruck zurückweisen, von welcher Seite sie kommen mögen. Alle Feindschaften und reichstreuen Kräfte des Volkes sollen zur Reichswehr stehen, ihr vertrauen, sie unterstützen!

Als meine vornehmste Aufgabe bei der Sicherung des Reiches betrachte ich neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung nach besten Kräften und mit aller Energie mitzuwirken bei der Sicherung der Ernährung. An ihrer Stelle mitzuhelfen ist ernste Pflicht der Militärbefehlshaber in ihren Wehrkreisen. Deutsche Reichswehr! Auf Dich steht dein Volk mit Vertrauen: gehe ihm voran auf deutschen Wegen!

Berlin, 9. November 1923.

v. Seefeld,

General der Infanterie, Chef der Heeresleitung und Inhaber der nachfolgenden Gemalt.

Dresden, 9. November 1923. (Eigenes Drahtbericht.) Das hiesige Wehrkreis-Kommando IV gibt einen Situationsbericht über die Münchener Vorgänge und sagt darüber u. a.: Der Befehlshaber des Wehrkreises V, General Reinhardt, hat an General v. Losow gefunkt, daß er ihm zur Seite stehen würde, um die bayerische Reichswehr in ihrem Vorgehen gegen Hitler zu stützen.

III. Akt.

Berlin, 1. Januar. (TL.) Reichswehrminister Dr. Geiser richtet anlässlich des Jahreswechsels an die Wehrmacht folgenden Erlaß:

Auch beim diesjährigen Jahreswechsel drängt es mich, allen Angehörigen des Heeres und der Reserve meinen warmsten Dank und Anerkennung für ihre treue Pflichterfüllung in schwerer Zeit auszusprechen. Berufen zum Schutze der deutschen Heimat, hat die Reichswehr voll ihre Schuldigkeit getan und sich damit in den weitesten Kreisen des Volkes neues Vertrauen und Ansehen

ermorben. Für das kommende Jahr erneuern wir das Gelübde, daß die Reichswehr, allen Schwierigkeiten zum Trotz, bleibt die eiserne Stütze der Einheit des Reiches und der unerschütterlichen Grundfesten der verfassungsmäßigen Ordnung, auf der sich unser Vaterland aufbaut zur früheren Freiheit.

Gleichzeitig richtet der General der Infanterie und Chef der Heeresleitung, v. Seefeld, folgenden Neujahrsgruß an das Reichsheer:

„Glaube zum neuen Jahre Hitler uns liegt ein Jahr angestrengter und erfolgreicher Arbeit. Das Reichsheer schreitet vorwärts auf dem Wege der Ausbildung und der Festigung zum Wohle des Vaterlandes.“

Warme Anerkennung gilt allen Teilen, den Kommandeuren und Truppen,

welche für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Reiche eingeseht waren und sind. In musterhafter Disziplin haben sie, oft unter den schwierigsten Verhältnissen, ihre Schuldigkeit getan und bewiesen, daß in der jungen Wehrmacht die besten soldatischen Eigenschaften lebendig sind. Besonderer Dank gebührt allen Bestrebungen, welche darauf abzielen, durch die in uns liegende Kraft der Ordnung und Selbsttätigkeit in den wirtschaftlichen Krisen des Volkes zu helfen. Wenn uns die Möglichkeit belassen wird, auf diesem Wege fortzuschreiten, so wird die Reichswehr immer mehr zu einem segensreichen und ausschlaggebenden Teil der Reichsgemeinschaft werden. Das Heer geht einem nicht leichten Jahre entgegen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Lebens lasten schwer auch auf der Reichswehr. Auch von ihr werden Opferungen, selbstlose Hingabe neben stillem Trosten und Entbehren verlangt. Ich vertraue darauf, daß das Reichsheer auch diesen Anforderungen gewachsen sein wird und daß es festhalten wird an Treue, Gehorsam, Kameradschaft und Einigkeit.“

Es sei hier nur noch hinzugefügt, daß die gesamte bayerische Reichswehr, einschließlich ihres Kommandeurs von Losow, weiterhin aus Reichsmitteln unterhalten wird.

Verfassungstreue Beamte werden „abgebaut“ und auf die Straße gesetzt.

Der Meuterer von Losow bezieht nach wie vor von der Republik sein volles Gehalt, das dem eines Staatssekretärs entspricht.

Zwei Zeitungsverbote.

Die sozialdemokratische „Eisenacher Volkszeitung“ sah sich genötigt, ihren Lesern folgendes mitzutellen: Vom Thüringischen Militärbefehlshaber erhielten wir folgendes Schreiben:

Weimar, den 2. Januar 1924.

Der Militärbefehlshaber in Thüringen, Lt. 3 (Presse) Nr. 92.

An die Schriftleitung der „Eisenacher Volkszeitung“, Eisenach.

Berordnung!

Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. September 1923 verbiete ich das Erscheinen und den Vertrieb der „Eisenacher Volkszeitung“ auf drei Tage, und zwar vom 3. 7. und 8. Januar, weil der Artikel „Der Trübsinn der Demokratie“ oder die „Militärdiktatur“ in der Zeitungsnummer vom 21. Dezember 1923 geeignet ist, das Militär und damit auch die Reichswehr in der öffentlichen Meinung verächtlich zu machen.

Mit der Durchführung dieses Verbots wird die Vollziehungsverwaltung in Eisenach beauftragt.

Haffe, Generalleutnant und Kommandeur der 3. Kav.-Div.

Fast gleichzeitig verbreitet unser Duisburger Parteiblatt, das, wie die übrigen sozialdemokratischen Blätter des

Die Politik der Arbeiterpartei.

Schluss der Rede Macdonalds.

In seiner Aibershall-Rede, deren Anfang wir schon im Morgenblatt wiedergeben konnten, führte Genosse Ramsay Macdonald weiter aus:

Der Streit zwischen Frankreich und Großbritannien, wenn man so die Kaderkräfte, Widerstandkräfte und geistige Stimmung zwischen den beiden Ländern nennen kann, ist tief bedauerlich. Dies alles geht nicht von den besten Weisern in den beiden Ländern aus. Es würde ein großer Erfolg sein, wenn es möglich wäre, ein

Einverständnis statt eines Wettbewerbes der militärischen Kräfte mit Frankreich, Italien, Russland, Deutschland, der Tschechoslowakei und allen anderen Nationen herzustellen. Wir wollen das Amt übernehmen, um zu versuchen, die mannigfaltigen Schwierigkeiten, die jetzt Großbritannien, Europa und die ganze Welt bedrängen, zu beseitigen. Wir fordern die Liberalen und die Konservativen heraus, sich gegen uns bei dieser Aufgabe zusammenzuschließen. Die Arbeiterregierung ist dazu berufen, die Friedenskräfte in allen Teilen Europas zu stärken. Wir werden alles in unseren Kräften Stehende tun, um

den Bau des Völkerverbundes zu vollenden

und ihn rückhaltlos als Hauptinstrument zu verwenden, um die internationale Gerechtigkeit zu sichern und dadurch die Bedingungen für internationalen Frieden zu schaffen. Die hässliche Torheit, sich von der russischen Regierung fernzuhalten, wird beendet werden, nicht aus dem Grunde, weil wir mit dem einvernehmlichen Mäßen, was die russische Regierung getan hat. Das ist nicht unsere Sache. Aber wir müssen in der Lage sein, mit Russland Handel zu treiben und uns mit Russland über eine große Anzahl Fragen zu unterhalten, wie es über seine Schulden denkt, wie es beabsichtigt, seine Entschädigungsleistungen auszuführen usw. Auch über die englischen Interessen in Asien möchte man sich mit der Moskauer Regierung aussprechen können. Rahmentend sei, eine gewisse

Veränderung in der Auswahl der diplomatischen Vertreter im Ausland

vorgzunehmen. Macdonald sagte dann, die Arbeiterpartei sei bereit, den Genossenschaften und Arbeitgebern, die gemißt seien, in genügender Anzahl gesunde Wohnungen zu schaffen, die notwendigen finanziellen Erleichterungen zu gewähren. Wenn man feststellt, daß Kräfte und andere Verbände die Baustoffe durch gewissenlose Treiberen verteuern, so werde man dem mit größter Energie entgegenzutreten. Macdonald verlangte eine Verbesserung der Sozialversicherung sowie eine Verbesserung der Renten für Kriegsveteranen, Seeratten und Kriegsinvaliden. Macdonald schloß mit der Erklärung, seine Ansprache sei keine Programmrede, sondern nur ein Versuch, darzulegen, in welchem Geiste die Arbeiterregierung ihre Arbeit verrichten würde.

Clynes, der nach Macdonald sprach, sagte, die Arbeiter würden sich von keiner anderen Rücksicht als von der auf die nationale Wohlfahrt leiten lassen.

Gegen die pfälzischen Separatisten.

Englischer Schritt in Paris.

Paris, 8. Januar. (W.B.) „Havas“ berichtet aus London, Informationen aus guter Quelle zufolge habe die englische Regierung bei der französischen Regierung mehrere Schritte unternommen, um Erklärungen über die Haltung Frankreichs gegenüber den Separatisten in der Pfalz zu erlangen. Diese Schritte fallen mit dem englischen Botschafter in Paris und dem englischen Oberkommissar in den Rheinländern unternommen worden sein.

Abzug von Besatzungstruppen.

Wolfsfeld, 8. Januar. (W.B.) Nachdem die französischen Truppen, die hier in Quartier lagen, bereits seit mehreren Tagen Vorbereitungen zum Abzug getroffen hatten, sind sie heute von Wolfsfeld abgerückt. Die französische Gendarmeregimentation wird vorerst noch hierbleiben. Voraussichtlich wird Wolfsfeld keine Besatzung mehr bekommen.

Amerika wünscht rasche Arbeit.

Zur Feststellung der deutschen Finanzlage.

Paris, 8. Januar. (W.B.) Die gestern in Paris angekommenen beiden amerikanischen Sachverständigen Dawes und Owen Young veröffentlichte heute durch die Agence Havas eine Erklärung, in der es heißt: Die amerikanischen Sachverständigen sind von der Reparationskommission aufgefordert worden, an einem Sachverständigenausschuss teilzunehmen, der die Tatsachen studieren, Folgerungen daraus ziehen und gewisse Vorschläge unterbreiten soll. Die amerikanischen Sachverständigen haben keine vorgefertigten Pläne und hoffen, nur den Plänen, die von anderen Persönlichkeiten unterbreitet werden, zu Hilfe zu kommen. Sie haben aber augenblicklich eine Erklärung abgegeben, von der sie voraussehen, daß sie von allen Mitgliedern des Sachverständigenausschusses sowie von der öffentlichen Meinung der Welt gebilligt wird. Diese Erklärung lautet:

„Die Zeit ist ein wesentliches Element der Lage. Das Komitee, das eingesetzt ist, ist ein geschäftliches Komitee, das sich mit Tatsachen beschäftigt und konstruktive Folgerungen daraus zu ziehen hat. Seine Arbeiten müssen mit ununterbrochenen täglichen Sitzungen stattfinden.“

Der „Welt Posten“ will wissen, daß die Amerikaner die Festlegung des Ausschusses für eine Woche nach Berlin wünschen werden.

Schwächere Kurse.

Devisen unverändert.

Die Effektenbörse eröffnete heute in sehr ruhiger Haltung und eher etwas schwächeren Kursen. Im Vordergrund des Interesses standen die Nachrichten über das Ergebnis der Londoner Reise Dr. Schachts. In Börsenkreisen verläutet, daß die englische Großfinanz sich für Kredite an die deutsche Privatwirtschaft wohl zuwendig zeigte, daß aber sehr wenig Aussicht auf eine tätige Mitwirkung Englands bei der Sanierung der deutschen Finanz- und Währungsverhältnisse bestehe. Man sei in London darüber bestimmt, daß Deutschland sich bei der Ausgabe von Goldanleihe, Rotgeld um an die Dollarmährung angelehnt habe. Man hat den Eindruck, daß die hinter der Rentendank stehenden Wirtschaftskräfte alles aufbieten werden, um eine neue Inflation und Geldentwertung zu verhindern. Ernstste Sorge bereitet der Börse noch weiter die kommende dritte Steuerreform, über deren Auswirkungen man sich nicht sicher ist. Ganz allgemein ist die Börse derzeit mit Steuer-, Finanz-, Währungs- und Kreditfragen erfüllt, daß eine regere Unternehmungslust nicht aufkommen kann. Die Tendenz wurde im weiteren Verlaufe noch schwächer. An der Börse ist Geld mit 1/4 Prozent pro Tag zu haben.

Die Nachfrage nach Devisen wird durch die Schwierigkeit der Beschaffung von Betriebskapitalien für Handel und Industrie stark eingeschränkt. Devisenkurse und Zuteilung blieben heute im großen und ganzen unverändert.

Straßenbahn auf Abbruch?

Die Beschwerde über die Straßenbahnbetriebsführung, die wir kürzlich im „Angriffen Berlin“ veröffentlichten, hat uns eine solche Fülle von zustimmenden und die Klagen erweiternden Einlegungen eingetragen, daß wir uns genötigt sehen, das Thema an Hand des uns zugegangenen Materials ausführlicher zu erörtern. — Evident muß man sich, daß nicht schon früher das schreiende Publikum Berlins sich gegen diese grauenhaften Zustände gewehrt hat, noch mehr mundend allerdings, daß die Aufsichtsbehörde — wenn es eine solche noch gibt — nicht eingreift.

Überfüllte Wagen.

Vor dem Kriege wurde der Schaffner oft bestraft, wenn mehr als drei Personen im Innern des Wagens standen, wenn ein Fahrgast vor der Haltestelle das Trittbrett des Wagens betreten hatte; oft wurde der Schaffner drohend gemacht, wenn er aus Mangel an Zeit sich verteidigen ließ, das Abfahrzeichen aus dem Innern des Wagens zu geben. Heute stehen drei Reihen Fahrgäste Kopf an Kopf im Wagen; Trittbretter und Puffer werden als Fahrgaststütze benutzt. Der Schaffner, der im Innern des Wagens kassiert, ist gar nicht in der Lage, auch nur einmal auf der Fahrt das Abfahrzeichen von der hinteren Plattform des Wagens zu geben. Um sich vor Schaben zu bewahren, gibt er mit Recht überhaupt kein Abfahrzeichen. Abfertigend steht der Wagen oft zwei Minuten an der Haltestelle, ohne daß der Fahrer abfahren kann, bis sich endlich ein Fahrgast bereitfindet, selbst das Abfahrzeichen zu geben. An die Heizung der Wagen in der Winterzeit denkt natürlich die Leitung der Straßenbahn nicht, ja, sie hält es nicht einmal für angebracht, jene primitiven Vorhänge vor den Türen und an den Seiten im Innern des Wagens, wie sie vor dem Kriege und bereits in den letzten Jahren vorhanden waren, anzubringen. Diese Zustände bestehen mehr oder minder nicht nur bei der Straßenbahn, sondern bei allen Verkehrsmitteln in Groß-Berlin. Sie sind während der Kriegszeit entstanden und waren begründet am Personal- und Materialmangel. Diese Einwendung ist heute nicht mehr gegeben, um solche Zustände stillschweigend zu dulden.

Warum keine Betriebserweiterung?

Bei der Stilllegung der Straßenbahn am 8. Dezember warf die neue Leitung Tausende von Straßenbahnern, also geübte Kräfte, auf die Straße, die heute der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen. Auf den Bahnhöfen stehen Hunderte von gebrauchsfähigen Bei- und Motorwagen, die sofort Verwendung finden können. Warum also keine Erweiterung des Betriebes? Wenn mir richtig unterrichtet sind, war eine Erweiterung des Betriebes im neuen Jahr geplant, doch war Voraussetzung, daß das Unternehmen in rein kapitalistische Hände gebracht werden sollte. Allein Anschein nach ist das Werk nicht gelungen. Dafür sollen Tausende von Straßenbahnern mit ihrer Familie, die 15, 20 bis 30 Jahre Dienst geleistet haben, hungern; dafür muß sich das Publikum, das gezwungen ist, die Straßenbahn zu benutzen, die Kleider buchstäblich vom Halbe reichen lassen und die Drangsalierung der Vermaltung hinnehmen. Haben Ma-

gistral und Stadinerordneta gar keinen Einfluß mehr auf diese Zustände bei der Straßenbahn? Oder sind die Herren in der Leitung der Straßenbahn so allmächtig, daß sich die Behörden nicht heranzutrauen? Das Berliner Publikum spürt die Allmacht der Herren nicht nur allein, sondern in viel verstärkter Weise spürt das beschäftigte Personal diese Verhältnisse.

Die Personalpolitik.

Die Leitung kann sich rühmen, die erste gewesen zu sein, die den verhassten Achtstundentag beseitigt hat und die Löhne selbstherrlich diktiert. Bei der Wiedereröffnung des Betriebes am 10. September (hoch sie alles ab, was im Gedruch stand, politisch und freigewerkschaftlich organisiert zu sein. Die diktierten Arbeitsverträge sind Skandalerträge. Die Gewerkschaften wurden und werden heute noch systematisch ausgeschaltet. Alle Bemühungen, zu einer menschenwürdigen Regelung der Arbeitszeit zu kommen, waren bis heute unmöglich. Ein diesbezüglicher Schiedsspruch, gefällt vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, der den Parteien aufgab, einen Tarifvertrag zu tätigen, ist vom Demobilisierungskommissar für nicht verbindlich erklärt worden. Die jetzigen Löhne betragen bei 10- bis 12stündigem Dienst für ungelernete Arbeiter pro Stunde 400, für angelernte Arbeiter 450, für Handwerker 500 Milliarden Mark. Für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit werden Zuschläge nicht gewährt. Daß sich trotz dieser überaus traurigen Verhältnisse noch frühere Straßenbahner — zunächst ältere Leute — finden, die die Arbeit aufnehmen wollen, ist nur aus der entsetzlichen Not, die in den Kreisen herrscht, zu verstehen. Die junge Arbeitskraft dieser Leute, die 10, 20 und 30 Dienstjahre bei niedrigen Löhnen von der früheren Straßenbahnerverwaltung ausgegibt wurde, ist dahin. Die heutige Leitung der Straßenbahn kümmert sich den Teufel um diese Leute und erklärt, daß sie nur Leute mit höchstens 45 Jahren wieder einstellen.

Das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus den Klagen, mit denen wir überhäuft werden. Unerörtet sind bisher geblieben: Die völlig willkürliche Linienführung, der unregelmäßige und fast gar nicht mehr kontrollierbare Verkehr der Wagen, widersinnige Anheftung von Wagenfolgen auf einer bestimmten Linie. Was wir schon kürzlich festgestellt haben, kann nur wiederholt werden. Die Straßenbahn darf in ihrer jetzigen Verfassung eben nicht mehr als ein Verkehrsmittel aufgeführt werden, das ernsthaft bestrbt ist, dem Verkehr in der Weltstadt zu dienen. Und je schneller sich das Berliner Publikum abgewöhnt, sich der nur sporadisch auftretenden Straßenbahnwagen zu bedienen, desto eher dürfte sich eine Wandlung vollziehen. Vielleicht zugunsten der noch sehr ausbaufähigen Autobuslinien.

Die sozialdemokratische Stadinerordnetafraktion hat folgenden Dringlichkeitsantrag eingereicht: Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, die geradezu unerträglich gewordenen Zustände im Berliner Straßenbahnverkehr schleunigst einer Besserung entgegenzuführen.

Der bewährte Bürgerblock.

Die bürgerlichen Mittelparteien sind in ihren gestrigen Frankfurterberatungen über die Wahl des neuen Stadinerordnetafraktionärs noch zu keinem definitiven Ergebnis gekommen. Der demissionäre Vorkoch hat alles über den Haufen geworfen. In der heutigen Morgenpresse werden als demissionäre Kandidaten nicht Dr. Steinger, sondern die Siebenerordnetafraktion von der Borghit und Dethleffen genannt. Die „Hollische Zeitung“ weist sich dabei die Bemerkung, daß „durch das Verhalten der Demissionäre ein Keil in die bürgerliche Einheitsfront getrieben werde, die sich in den letzten beiden Jahren bei der Bildung des Vorkochs (und nicht nur da. D. Red.) durchaus bewährt habe.“ Bisher haben die Demokraten und die Mittelparteien es immer abgesehen, daß sie im Berliner Rathaus Bürgerblockpolitik treiben. Tatsächlich überwiegt aber bei den Berliner Demokraten die Führung des rechten Flügels vollständig. Die „Hollische Zeitung“ nennt das Kind nur beim richtigen Namen.

Der Druckfehlerausfall hat uns in der gestrigen Abendausgabe in unserer Kritik über die Stadinerordnetafraktionswahl einen bösen Streich gespielt. Durch ein technisches Versehen waren in den Schlussatz zwei Zeilen geraten, die gar nicht dorthin gehören. In Wirklichkeit sollte die Kritik mit einem Absatz schließen, der auch heute noch volle Geltung hat. Wir schreiben:

Ob diese vernünftigen Ausführungen (der „Morgenpost“) auf die verschiedenen Frankfurter der bürgerlichen Mitte Eindruck machen werden, muß man abwarten. Jedenfalls wird es den demokratischen Kreisen der Stadinerordnetafraktion sehr gefallen, ihre Ablehnung der sozialdemokratischen Kandidatur noch irgendwie zu begründen.

Der Aerztestreit.

Eine Klärung der Krankenkassen.

Die kürzlich vielfach verbreitete Nachricht, die Aerzte hätten ihren Streit gemessen und sogar die Unterstützung des Reichsarbeitsministers gegen die Krankenkassen gefunden, erweist sich als falsch und als irreführende Stimmungsmache. Die Krankenkassen haben es bisher vermieden, in der Tagespresse ihren Standpunkt klarzulegen, weil sie es als genügend erachteten, dieses nur den Versicherern durch Flugblätter gegenüber zu tun. Sie sehen sich aber jetzt veranlaßt, gegen die erwähnte Nachricht eine Richtigstellung vorzunehmen.

Die Regierung gibt den Krankenkassen durch die Verordnung das Recht, auch bei den Ärzten einen Personalabbau vorzunehmen. Bisher waren in Berlin 4000 Aerzte für die Krankenkassen tätig. Nach der Verordnung brauchte nur auf 1300 Aerzte ein Arzt angestellt zu werden. Es würden demnach 1000—1300 Aerzte für Berlin genügen. Die Krankenkassen haben im Frieden für die Krankenversicherung eine Jahrespauschale von 5 Goldmark pro Mitglied gezahlt. Ueber diesen Betrag können die Krankenkassen mit Rücksicht auf die gesunkenen Verdienste der Versicherern jetzt nicht hinaussehen. Bei Zurundlegung dieser Ziffer würden bei 1,3 Millionen Versicherern 6,5 Millionen Goldmark Krankenhonorar pro Jahr aufzubringen sein. Bei 1300 Aerzten würde der einzelne Arzt monatlich etwa 500 Goldmark erhalten, ein Einkommen, welches höher ist als das der Gruppe XIII der Reichsbesoldungsordnung. Werden mehr Aerzte zugelassen, dann würde das Einkommen für den einzelnen Arzt sich bedeutend verringern, wodurch das Interesse für die Behandlung der Krankenmilder sinken und das Verlangen nach Erhöhung der von den Kassen auszubringenden Summen gesteigert würde. Es liegt daher nicht nur im Interesse der Kassen, sondern vor allen Dingen der Versicherern, daß nur so viel Aerzte beschäftigt werden, wie notwendig sind. Unter den 1300 zugelassenen Aerzten wird freie Arztwahl bestehen. Das Honorar von 6,5 Goldmark soll in einem strikten Teil und noch einem besonderen Honorarverteilungssystem gezahlt werden, so daß der mehr beschäftigte Arzt auch ein höheres Einkommen hat. Die Krankenkassen sind fest entschlossen, eine Krankenversicherung nach diesen Grundsätzen durchzuführen. Nachdem die Aerzte-Organisation die Berechnung der Reichsregierung als gültig anerkannt hat, fällt für die Berliner Aerzte die Be-

rechtigung fort, nunmehr zu verlangen, daß sämtliche 4000 in Berlin wohnenden Aerzte für die Krankenversicherung zugelassen werden. Die Verhandlungen von Berlin, bei den beiden Kassenerbänden haben es in dieser Woche ermöglicht, daß die Krankenkassen eine Anzahl Ambulatorien eröffnet haben, in denen die Versicherer kostenfrei behandelt werden. Die Verhandlungen über die Gewinnung von weiteren geeigneten Lokalitäten sind im Gange, so daß in den nächsten Tagen die Eröffnung weiterer Ambulatorien erfolgen kann. Neben diesen Ambulatorien haben sich aber auch eine Reihe Aerzte den Krankenkassen zur Verfügung gestellt, die die Mitglieder zu den Mindestfällen der Gebührenordnung behandeln, und falls die Versicherer das Geld nicht haben, ihre Rechnungen direkt bei den Krankenkassen einreichen. Die Krankenkassen sind gezwungen, im Interesse der Versicherer Maßnahmen zu treffen, die eine Wiederholung derartiger Kampfmittel ausschließen und werden sich von der Durchführung der von ihnen für notwendig erachteten Maßnahmen durch nichts abbringen lassen. Dies ist schon deshalb notwendig, um auch in Berlin in der Einführung der Familienversicherung einen Schritt vorwärts zu kommen. Seit Jahren sind die Bestimmungen der Krankenkassen auf Einführung der Familienversicherung von den Aerzten hintertrieben worden. Die jetzt gegründeten Kassambulaturien werden so weit ausgebaut werden, daß sie für die Zukunft als Grundlage für die Familienversicherung dienen.

Flammensturz der Malerin v. Olfers.

Eines entsetzlichen Todes ist die bekannte hochbetagte Malerin Marie von Olfers in ihrer Wohnung im Hause Schöneberger Ufer 33 gestorben. Frau von Olfers, eine 77jährige Greisin, die übrigens als Kind noch Goethe gekannt hat und auf die Wilhelm Müller seine Liebes- und die schönen Müllerin gedichtet hatte, sah an dem Ramin ihres Wohnzimmers, als ein Stück glühender Kohle aus dem Ramin fiel. Als die alte Frau sich bückte, um die Kohle in den Ramin zurückzuwerfen, fing ihr Kleid Feuer und hilflos mußte die Greisin in den hoch auflodernden Flammen verbrannt. Man fand sie mit schweren Brandwunden tot am Boden auf. Marie von Olfers war die Gattin des preussischen Gesandten von Olfers und spielte im Berliner Kunst- und Gesellschaftsleben eine hervorragende Rolle.

Die letzte Milchpreiserhöhung.

Im Gegensatz zu allen anderen Lebensmitteln sind die Preise für Butter und damit auch für Milch in der letzten Woche erneut heraufgesetzt worden. Während Inlandbutter bis dahin mit 1,70 M. pro Pfund notiert wurde, hat die amtliche Kommission den Preis auf 1,80 M. erhöht und infolgedessen wurde auch gemäß der Relation der Milchpreis heraufgesetzt. Diese Preiserhöhung ist um so verwunderlicher, als erfahrungsgemäß im Januar die Milchproduktion steigt und die Landwirte, die jetzt wieder zum Kraftfutter übergegangen sind, erheblich mehr Milch gewinnen, als in den verflochtenen Zeiten. Man begründet die Butterpreiserhöhung nun damit, daß das Ausland sehr erhebliche Mengen Butter anbietet. Dänische und holländische Butter kostet 1,80 M., während sibirische Butter allerdings erheblich billiger ist. Die Butternotierungskommission war nun der Meinung, daß man es vermeiden sollte, zwei Preise für Inland- und Auslandsbutter zu nehmen und alledeshalb den Preis für das inländische Produkt dem ausländischen an.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Achtung, Kaffee! Der Varietät findet am 30. März statt. Die Anzahl der zu erscheinenden Delegierten wird nach den im ganzen Bezirk umgeleiteten Worten vermindert. Die hierzu erforderlichen Berechnungen erheischen, sobald beim Parteivorstand wie im Bezirksbureau längere Zeit. — Die Berechnungen des 3. Quartals müssen deshalb sofort erfolgen, selbst dann, wenn noch einige Unterbezirke mit ihren Abrechnungen fehlen sollten.

S. H. Alex Bogels.

3. Mitteilung. Heute abend 7 1/2 Uhr. Sonderlande Festhalle, Neue Friedrichstr. 57. Vortrag des Gen. Rüstler über „Die zusammenhängenden Wähler.“ (Der Saal ist gebucht.)

Achtung! Arbeitslose Genossen der USPD.

Dienstag, 13. Januar, abends 7 1/2, 8 1/2, im großen Saal der Müller-Str. 11, Kaffee-Wilhelm-Str. 11. Veranstaltung aller arbeitslosen Parteigenossen des Bezirksverbands Berlin. Vortrag des Genossen Dr. Meier, M. d. R., über „Krankenkassen und die Arbeiterbewegung der USPD.“ (Saal ist gebucht.)

